und datirt vom 13. (25.) Juni. In diesem uns freundlichst zur Einsichtnahme überlassenen Schreiben wird Folgendes gesagt:

„Bei uns in Baku und weiterhin in Persien grassirt schrecklich die Cholera. In diesem Moment sterben in Baku 30 Menschen täglich. Es giebt hier keine wirksamen Sanitätseinrichtungen. Die Stadt, die Millionen besitzt, hat für sich kein Schutzmittel. In Wahrheit, es herrscht hier Empörung. Alle geben sich der Unthätigkeit hin. Das Volk entflieht nach allen Richtungen. Was daraus noch werden wird, ist nicht abzusehen. Die städtische Selbstverwaltung und die Administration fühlen nur die Verpflichtung, soweit als möglich sich von der Stadt entfernt zu halten und das Publikum seinem Geschick zu überlassen. Im Augenblicke fehlt Carbolsäure gänzlich in der Stadt. Dieser einzige Fall spricht schon deutlich, welche Art von Municipalität wir haben."

Deutsches Reich.

⚒ Berlin, 4. Juli. Die Unentschlossenheit, welche der Reichskanzler Graf Caprivi in der Frage der deutschen Weltausstellung gezeigt, hat in weiten Kreisen Verstimmung hervorgerufen und selbst die „Freisinnigen", welche sich so gern und leicht auf Kosten des Fürsten Bismarck für den neuen Curs begeisterten, sind nicht im Stande, ihren Mißmuth zu zügeln. Wenn die Franzosen in der That uns in dieser Frage „überrumpeln" würden, so wäre das nicht nur eine empfindliche diplomatische Schlappe, wir würden auch eine bedeutende materielle Einbuße zu tragen haben und unser Ansehen im Auslande empfindlich leiden sehen. Zu leicht drängt sich dann immer wieder der Vergleich auf zwischen früher und jetzt; unter Bismarck hätte Herr Ribot ein solches Verhalten nicht gewagt; der Altreichskanzler „stand früher auf." Der Unmuth ist hier ein so starker, daß man bereits von einer „Caprivi-Krise" spricht. Inzwischen verlautet allerdings, daß der Reichskanzler nunmehr ganz energisch der Frage näher rückt. Bei den verbündeten Regierungen ist angefragt worden, welche Stellung sie zu der Frage einnehmen und schleunige Antwort wurde erbeten. Auch das preußische Staatsministerium soll sich, wie wir hören, bevor die Minister auf Urlaub gehen, noch mit der Frage beschäftigen. Das müßte allerdings bald geschehen, da morgen der Cultusminister Dr. Bosse Berlin verläßt, um sich nach Karlsbad zu begeben. Der Minister ist unterleibsleidend und nimmt darum einen achtwöchigen Urlaub, von dem er die Hälfte in Karlsbad, die andere Hälfte zur Nachcur im Gebirge verbringen will. — Wie wir telegraphisch gemeldet, trat heute die Landeskunstcommission im Cultusministerium zusammen. Dieser Commission liegt es besonders ob, Vorschläge zur Förderung der Kunst und zum Ankauf von Kunstwerken zu machen, welche für die staatlichen Galerien und Museen erworben werden sollen. Die Commission besteht zur Zeit aus folgenden Mitgliedern: Botschafter a. D. Wirkl. Geheimer Rath von Kentell, Präsident der Berliner Kunstakademie Becker, Akademie-Director Anton v. Werner, Geh. Regierungsrath Professor Ende, Baurräthe Ad. Heyden und Schwechten, Professoren Dr. Siemering, Schaper, Paul Meyerheim, Peter Jansen, von Gebhardt und Beckelmann (Düsseldorf), sowie Max Schmidt (Königsberg).

C. H. Berlin, 4. Juli. Ueber das Verhältniß des Prinzen Wilhelm zu dem Fürsten Bismarck enthält man einen neuen interessanten Aufschluß im Bismarckmuseum zu Schönhausen. Bekanntlich sind dort alle die Geschenke aufgestellt, welche Fürst Bismarck erhalten hat; unter ihnen befinden sich auch mehrere, welche Prinz Wilhelm dem Kanzler verehrte. Da ist eine Kreidezeichnung des Prinzen, eine Division der deutschen Panzerflotte klar zum Gefecht zeigend, mit der Widmung Sr. Durchlaucht dem Fürsten Reichskanzler zum Zeichen wärmster Verehrung und treuester Freundschaft zum Weihnachtsfest verehrt" 1884. Weit bemerkenswerther und ungemein charakteristisch ist ein zweites Geschenk des Prinzen: eine einfache Photographie desselben mit folgender Widmung: „Zum Zeichen seiner treuen Anhänglichkeit und herzlichsten Verehrung" und darunter dann die Worte: Cave. Ad sum. (Hüte Dich, ich bin zugegen.) Die Photographie hat der Prinz dem Fürsten zu dessen Geburtstag im Jahre 1884 geschenkt. Man mag über die Bedeutung der Worte „Cave. Ad sum" verschiedener Meinung sein können, aber jedenfalls ist es klar, daß Prinz Wilhelm bereits damals dem Fürsten Bismarck eine Warnung geben wollte. (Wir können aus dieser Unterschrift einen „Aufschluß" über das Verhältniß des damaligen Prinzen Wilhelm zu dem Fürsten Bismarck nicht schöpfen; im Gegentheil wird uns dieses Verhältniß durch die Mittheilung unseres Herrn Correspondenten noch unklarer. D. Red.)

* Berlin, 4. Juli. Die Ahlwardtpresse hat, seitdem ihr die Enthaftung ihres Führers abermals gelungen, neuen Muth geschöpft und beginnt aufs Neue ihr altes unwürdiges Spiel. Das „Spandauer Tageblatt" schreibt und die hiesige „Staatsbürger-Ztg." druckt es nach, daß die in Spandau in den Wagenhäusern liegenden Gewehre gegenwärtig einer genauen Nachprüfung unterzogen würden, wobei gewiß nichts unentdeckt bleiben werde. Es sei dies auch der einzig richtige Weg, den die Behörde einschlagen konnte, da doch nur ein kleiner Theil der Löwe'schen Gewehre zur Ausgabe an die Truppen gelangt sei und mindestens drei Viertel der ganzen Lieferung sich noch im unbenutzten Zustande in den Spandauer Wagenhäusern befinde; zu wünschen wäre aber, daß nach Beendigung der Revision das Ergebniß derselben amtlich bekannt gegeben würde. Man weiß wirklich kaum noch, was man zu diesen im Biedermannstone vorgetragenen Lügen sagen soll. Am 30. Mai, also vor mehr als 4 Wochen, hat der Kriegsminister amtlich im „Reichsanzeiger" bekannt gegeben, daß „auf Grund angestellter Ermittelungen" festgestellt ist, daß „die von der Commanditgesellschaft auf Actien Ludwig Löwe & Co. in Berlin für die Militairverwaltung gelieferten 425 000 Gewehre 88 allen Anforderungen entsprechen, die an die Kriegsbrauchbarkeit derselben zu stellen sind." Trotz dieser Erklärungen stellen die Antisemitenblätter die lügnerische Behauptung auf, daß erst ein kleiner Theil der Löwe'schen Gewehre an die Truppen gelangt und erprobt sei. Und da spricht das hiesige Ahlwardtorgan noch von einer großen nationalen Bewegung, die mit stolzer Genugthuung und freudiger Hoffnung erfüllen müsse, weil auch die 50 000 ℳ-Caution mit Leichtigkeit aufgebracht sei. Wenn Geldsummen den Werthmesser für den nationalen Charakter einer Bewegung abgäben, wie national müßte dann die Socialdemokratie sein, die zur Enthaftung von Genossen jede Summe in Bereitschaft hat. Uebrigens sollte bei vielen Zeichnungen zu Gunsten Ahlwardt's doch nicht vergessen werden, hinzuzufügen, daß über diese Beiträge nur unter Chiffern quittirt wird. Die Ritter treten alle mit geschlossenem Visir für den Rector ein. Ein solches anonymes Declarantenthum erleichtert allerdings das Bekenntniß, daß man mit dem Rector nichts zu schaffen habe.

— Die Prinzessin Amalie zu Schleswig-Holstein ist zum Besuche der Kaiserin hier eingetroffen. Soweit bis jetzt bestimmt ist, wird die Prinzessin die kaiserlichen Prinzen am 12. d. M. von Potsdam aus nach Wilhelmshöhe begleiten und dort in deren Nähe verbleiben. Die Abreise der Prinzen ist hinausgeschoben worden, da Prinz Eitel Friedrich am 7. Juli und Prinz Adalbert am 14. Juli ihre Geburtsfeste feiern. Beide Geburtstage sollen nun am 10. d. M. in Potsdam festlich begangen werden. Die drei ältesten Prinzen reisen später von Wilhelmshöhe nach Norderney, während die jüngsten sich zur Kaiserin Friedrich nach Schloß Homburg v. d. Höhe begeben.

— Die „Rhein.-Westfälische Ztg." läßt sich aus Berlin telegraphiren:

„Das Einstellen der Veröffentlichung weiteren Actenmaterials gegen den Fürsten Bismarck ist bestimmt Vernehmen nach auf directen Befehl des Kaisers erfolgt. — In Kreisen, welche es wissen können, wird die Vorlegung eines neuen Volksschulgesetzentwurfs in der nächsten Tagung des Landtages als sehr wahrscheinlich bezeichnet."

— Die Kaiserin empfing gestern Abend im Neuen Palais den Reichskanzler v. Caprivi, welcher zu der später stattfindenden gemeinsamen Abendtafel dort verblieb. Heute Mittag wurde Geh. Rath Professor Dr. v. Bergmann von der Kaiserin empfangen und zur Mittagstafel im Neuen Palais geladen.

— Der „Reichsanzeiger" bringt eine Bekanntmachung des Reichskanzlers, wonach der Bundesrath beschlossen hat, die vertragsmäßigen Zollsätze für Weizen, Roggen, Hafer, Buchweizen und andere im deutschen Tarif nicht besonders genannte Getreidearten, Gerste, Raps und andere Oelfrüchte, Mais und gemalzte Gerste auf die rumänischen Erzeugnisse bis zum 30. November d. J. anzuwenden.

— Die „Post" verlangt, wie schon telegraphisch gemeldet, eine schleunige Einbringung der Militairvorlage. Das Blatt begründet diese Forderung folgendermaßen:

„Die Ergebnisse der deutschen Aushebung von 1891 thun auf's Neue in schlagender Weise dar, wie nothwendig eine Militair-Reform im Sinne der besseren Ausnutzung der gestiegenen Bevölkerungsziffer geworden ist. Ein Theil der Presse gefällt sich gegenüber unseren Auslassungen über die kommende Militairvorlage darin, die Einbringung derselben als erst einer fernen Zeit angehörig darzustellen, wenn sie nicht gar unsere Mittheilungen völlig anzweifelt. An unserer maßgebenden Stelle beurtheilt man aber nicht Entwürfe aus rein theoretischem Interesse, und wer einigermaßen den Umfang einer solchen Arbeit kennt, weiß, daß man nicht, wie ein größeres Provinzial-Blatt meint, mehrere Entwürfe zur Auswahl vorlegt. Wir erwarten sonach jetzt die baldige Einbringung der Militairvorlage beim Reichstag. Es gehört eine Reihe von Jahren dazu, ehe man die Früchte einer solchen Umwälzung ernntet, und jedes verlorene Jahr kann sich bitter rächen. Im vergangenen Herbst konnten trotz der im Sommer 1890 gesteigerten Präsenzstärke und der vermehrten Zahl der Königsurlauber wiederum 15 664 Mann von völliger Tauglichkeit und Abkommlichkeit nicht zur Einstellung ins Heer gelangen, 87 421 Mann wurden der Ersatzreserve überschrieben, von welchen etwa ein Fünftel eine nothdürftige Ausbildung erhält, vier Fünftel aber ganz unausgebildet bleiben, der 109 116 Mann des Landsturms 1. Aufgebots gar nicht zu gedenken, unter welchen noch viele brauchbare Elemente stecken und die sogar der Controle gänzlich entzogen sind. Angesichts dieser Verhältnisse halten wir es selbst unter Annahme einer im Allgemeinen zur Zeit friedlichen Constellation für einen großen Fehler, wenn man die Einbringung der Vorlage noch Jahre hinausschieben wollte. Handelt es sich um den Preis der seit Lange erstrebten zweijährigen Dienstzeit, den man zu zahlen entschlossen ist, wird die Mehrheit des Reichstags wohl schwerlich die Verantwortung auf sich nehmen, der kommenden Vorlage in ihren wesentlichen Puncten die Genehmigung zu versagen."

— Ein seltsames Steuerproject taucht in einem Leitartikel des „Hamburger Correspondenten" auf. Es wird empfohlen, das „40 Millionengeschenk für die Branntweinbrenner" zu vermindern und den Gewinn hieraus zu benutzen, um Süddeutschland ein Präcipuum zu zahlen für die Einführung einer allgemeinen deutschen gegen den norddeutschen Satz beträchtlich erhöhten Brausteuer. Hierzu bemerken die „M. N. N.": „Zunächst ist nicht ersichtlich, ob man es hier mit einem officiösen Fühler, oder mit einer Privatleistung irgend eines „Politikers" zu thun hat. Der Plan an sich ist ja nicht neu; er tauchte in ähnlicher Form bereits in diesem Frühjahr auf, als die ersten Andeutungen über die bevorstehende Militairreform und deren bedeutende Mehrkosten fielen, und er ist bereits damals u. A. auch von dem Finanzminister v. Riedel öffentlich zurückgewiesen worden. So erfreulich es wäre, wenn das Millionengeschenk an die Brenner eine Herabminderung erführe, so ist keinesfalls daran zu denken, daß Bayern in der Brausteuer seine Reservatrechte aufgiebt. Dafür sind die Erträgnisse der bayerischen Malzsteuer viel zu enge mit dem ganzen Stand der bayerischen Finanzen verwachsen, auch abgesehen von allen anderen Erwägungen."

— Die Nachricht, daß entscheidende Schritte in der Frage der reichsgesetzlichen Regelung des Apothekenwesens bevorstehen, wird bestätigt. Die Arbeiten sind allerdings noch nicht bis zur Aufstellung eines Gesetzentwurfes gediehen, vielmehr sollen vorläufig die Grundzüge zu einem solchen seitens des preußischen Cultusministeriums ausgearbeitet und der zuständigen Centralstelle des Reiches übermittelt sein. Erst nachdem diese letztere zu der Frage endgiltig Stellung genommen hat, wird die Fertigstellung eines solchen Gesetzentwurfes vorgenommen werden können. Vorher dürften jedenfalls Sachverständige aus den Kreisen der zunächst betheiligten Interessenten gehört und eine Veröffentlichung des Entwurfs bewirkt werden. Bei der Verschiedenartigkeit, welche in der Gesetzgebung der einzelnen Bundesstaaten bezüglich principieller Fragen dieser Materie obwaltet, dürften Verhandlungen eingehender Natur zwischen den Bundesregierungen nothwendig werden.

— Diejenigen Bittschriften des Reichstages, welche an den Bundesrath gelangen und von diesem dem Reichskanzler überwiesen werden, sind in der Regel insofern erfolgreich, als ihr Gegenstand einer eingehenden Prüfung unterzogen wird, welcher die Abhilfe womöglich auf dem Fuße zu folgen pflegt. Der Bundesrath hat in dieser Richtung neuerdings drei derartige Bittschriften dem Reichskanzler überwiesen, welche betreffen die zollfreie Einfuhr von Holz für Industrien des Grenzbezirks, die gesonderte Verzollung von Fässern, in denen Mineralöl eingeht, und die zollfreie Einfuhr von Nutzholz für Industrien des Grenzbezirks.

— Der deutsche Botschafter in Wien Prinz Reuß ist hier eingetroffen und bereits vom Reichskanzler Grafen Caprivi empfangen worden.

— Die Börsen-Enquete-Commission gedenkt, wie es heißt, morgen oder übermorgen ihre Vernehmung von Sachverständigen zu beenden und alsdann in die Sommerferien zu gehen, die bis zum September ausgedehnt werden sollen. Alsdann sollen erst die eigentlichen Berathungen ihren Anfang nehmen.

— Wegen der Mainummer des „Socialist" ist der „Volksztg." zufolge nunmehr gegen den Redacteur desselben, Teißler, und den Drucker und Verleger, Werner, Anklage wegen Aufreizung verschiedener Bevölkerungsclassen zu Gewaltthätigkeiten erhoben worden.

— Drei antisemitische Helden vollbrachten in Spandau Sonnabend Abend eine große That. Sie drangen unbefugt in das Geschäftslocal der Firma Ettisch & Co. am Markt und ließen den antisemitischen Schlachtruf: „Juden raus!" ertönen. Durch die eine Ladenthür traten sie ein, aus der anderen gingen sie wieder heraus; diese Heldenthat führten sie zweimal aus. Als sie dann von dem Vertreter des Geschäftsinhabers zur Rede gestellt wurden, drangen sie nochmals in den Laden ein und verließen denselben erst, nachdem sie verschiedene Male dazu aufgefordert worden waren. Inzwischen war draußen ein Auflauf entstanden, und die Ruhestörer, drei junge Leute, wurden verhaftet. Sie haben sich des gemeinschaftlichen Hausfriedensbruchs schuldig gemacht.

— S. M. S. „Stosch", Commandant Captain zur See Nittmeyer, beabsichtigt am 7. d. Mts. von Bergen nach Cowes (Insel Wight) in See zu gehen.

— Zur Frage eines vielfach befürchteten Hinübertretens der Cholera auf deutschen Boden macht die „Berl. Klin. Wchschr." folgende fachmännische Bemerkungen: Jedes Mal, wenn in einem unserer Grenzländer eine Epidemie, namentlich aber wenn die asiatische Cholera auftaucht, ertönt hier und dort der Ruf nach Präventivmaßregeln, besonders nach einer „Grenzsperre". Dem ärztlichen Publicum ist bekannt, daß seitens unserer Behörden dem Gange solcher Epidemien stets die regste Aufmerksamkeit zugewendet und jeder Zeit jegliche vernünftige Vorsichtsmaßregel wegen der Einschleppung vorbereitet ist. Ebenso anerkannt ist weiter, daß allen äußeren Maßnahmen die innere Hygieine an Bedeutung weit überlegen ist, namentlich aber, daß man sich längst über die Unterschätzbarkeit absoluter Grenzsperren, die Nutzlosigkeit, ja Schädlichkeit der Landquarantänen geeinigt hat. Für den Grenzverkehr zu Lande kommen nur sorgsame Beobachtungs- und eventuell Desinfectionsmaßregeln (Wagenwechsel ꝛc.) in Betracht, für den Verkehr zur See, neben genauer ärztlicher Ueberwachung der aus choleraverdächtigen Häfen kommenden Schiffe, eine kurz dauernde Quarantäne, wofern zwischen Abfahrt und Ankunft des Schiffes nicht eine bestimmte Anzahl von Tagen verflossen ist.

* Potsdam, 4. Juli. Officiöser Mittheilung zufolge hat der König von Italien aus Anlaß seines jüngsten Besuches in Deutschland der kaiserlichen Regierung 12 000 Francs zur Vertheilung an die Armen der Stadt Potsdam, sowie die Polizeiverwaltungen in Potsdam und Berlin überwiesen.

* Lübeck, 3. Juli. Das Vorgehen des russischen Consuls in Lübeck in der vielbesprochenen Flaggenangelegenheit wird von interessirter Seite, wie folgt, dargestellt: „Der hiesige russische Consul hatte bei einer sich darbietenden Gelegenheit geglaubt, sein Augenmerk darauf richten zu sollen, daß die Beflaggung der russischen Schiffe dem internationalen Gebrauch gemäß und nicht nur nach dem Belieben der jeweiligen Schiffsführer geschehe. Zu diesem Zwecke hatte er sich an Bord eines finnischen Schiffes begeben und daselbst eine ihm unbekannte Flagge, welche sich als eine finnische sogenannte Comptoirflagge herausstellte, herunterziehen lassen. Die auf einem anderen Maste des Schiffes wehende deutsche Flagge blieb dabei unangetastet. Der Consul begab sich am nächsten Tage auf drei deutsche nach Rußland fahrende Schiffe, um derüber Erkundigungen einzuziehen, auf welche Weise und bei welchen Gelegenheiten die deutschen Schiffe in Rußland die russische Flagge hissen. Diesen Ermittelungen entsprechend, wurde darauf von ihm eine in den hiesigen Zeitungen mitgetheilte Anweisung an die Führer russischer Schiffe über Flaggenführung auf russischen Handelsschiffen im hiesigen Hafen erlassen. Es kann nur bedauert werden, daß dieser einfache Hergang zu Darstellungen benutzt worden ist, die ihm den Anschein einer politischen Bedeutung zu verleihen suchen."

* Posen, 3. Juli. Zur Statistik und Beschreibung der socialen Wanderungen im Innern Deutschlands giebt der Gewerberath für die Provinz Posen in seinem neuen Jahresberichte für 1891 einen bemerkenswerthen Beitrag. Er schreibt:

„Der Abzug der Arbeiter nach dem Westen ist noch immer ein bedeutender, angeblich Industrie und Landwirthschaft der östlichen Provinzen schwer schädigender. Ersatzungsmäßig ist der Zuzug ausländischer, russischer und theilweise galizischer Arbeitskräfte nicht annähernd im Stande gewesen, jene Schädigung auszugleichen. Insbesondere aus dem Kreise Schildberg wird hierüber Klage geführt. An Stelle der von dort nach Sachsen gegangenen 2480 inländischen Arbeiter sind nur 150 russische daselbst eingezogen, von denen 97 aus verschiedenen Gründen im Laufe der Zeit wieder entlassen wurden. Im Kreise Pleschen betrug der Abzug einheimischer Arbeitskräfte durch Sachsengängerei 174, der Zuzug aus Rußland und Oesterreich (Galizien) dagegen nur 118. Im Jahresberichte des landwirthschaftlichen Provinzialvereins für die Provinz Posen wird der Abzug durch Sachsengängerei aus der Provinz Posen zusammen auf etwa 15 000 Personen geschätzt. Wenngleich neuerdings im Osten theilweise die Löhne nicht wesentlich hinter den im Westen gezahlten zurückstehen (insbesondere in Anbetracht der größeren Billigkeit der Lebensmittel im hiesigen Bezirk), wird es gleichwohl schwer halten, die leider einmal ans Wandern gewöhnte und durch den Reiz des Neuen angezogene Bevölkerung an eine größere Seßhaftigkeit zurückzugewöhnen. Eine Erschwerung der notorischen Verführung der Arbeiter durch die im Lande umherziehenden Agenten, Ausweisung der Letzteren, gesetzliche Maßnahmen zur Erschwerung des Contractbruchs und dergleichen staatliche Mittel würden vielleicht eine Besserung im Laufe der Zeit herbeizuführen geeignet sein, fürs Erste aber gegenüber der eingewurzelten alten Gewohnheit sich als machtlos erweisen ... Eine Erhöhung der Arbeitslöhne hat nur in wenigen Industriezweigen, und auch da nur vereinzelt stattgefunden. Im Allgemeinen stehen die Löhne in kleinen und abgelegenen Orten verhältnißmäßig niedrig gegenüber denen in größeren Städten, und wird dadurch der Zug der Arbeiter nach größeren Städten begünstigt."

* Cassel, 4. Juli. Der Landgraf Alexander von Hessen hat seinem jüngeren Bruder, dem Prinzen Friedrich Karl und dessen Braut, Prinzessin Margarethe von Preußen, das Schloß zu Fulda zur Verfügung gestellt. Das Schloß ist in den Jahren 1718—1724 errichtet und hat einen herrlichen Park, sowie eine mit berühmten Frescogemälden gezierte Orangerie.

* Arolsen, 4. Juli. Zu dem Erbfolgestreit wird den „Hann. Cour." von hier geschrieben: Mit der bereits gemeldeten Geburt eines Prinzen am hiesigen Fürstenhof ist der Ende vorigen Jahres zwischen den Betern des regierenden Fürsten Georg Victor von Waldeck — nämlich den Prinzen Albrecht, Ehrich und Heinrich von Waldeck und Pyrmont als nächsten Agnaten nach dem Erbprinzen Friedrich, geboren 1865 — entstandene Streit betreffs einer eventuellen Erbfolge auf dem fürstlich waldeck'schen Thron als beendet zu betrachten. Ebenso hat die unter dem 28. October 1891 vom Prinzen Heinrich von Waldeck, dem jüngsten der drei vorgenannten Prinzen, an den waldeck'schen Landtag eingereichte Rechtsverwahrung, in welcher der Prinz Widerspruch gegen die geltend gemachte Auffassung einlegte, als ob er nicht nach dem Erbprinzen Friedrich der nächste erbberechtigte Agnat sei, durch das eingetretene Ereigniß ihre Erledigung gefunden. Bekanntlich wurde der von Prinzen Heinrich von Waldeck gemachte Anspruch als erbberechtigter Agnat damit begründet, daß die Prinzen Albrecht und Ehrich durch die Vermählung mit Miß Gage und Freiin v. Fallener, also durch die Heirath nicht ebenbürtiger Frauen, es ipso jedes Rechtes zur Primogenitur verlustig geworden seien. Zur Debatte über fraglichen Gegenstand, der zur Zeit im ganzen Lande das peinlichste Aufsehen hervorrief, kam es damals nicht; nach Kenntnißnahme von dem Inhalte der Rechtsverwahrung seitens des waldeck'schen Abgeordnetenhauses wurde das Schriftstück ad acta gelegt.

* Stuttgart, 4. Juli. Ueber den bereits telegraphisch gemeldeten Unfall der Königin Charlotte von Württemberg theilt der „Schwäb. Merkur" noch folgende Einzelheiten mit:

Die Königin Charlotte begab sich mit der Hofdame, Freiin von Süßkind, in einer Victoria von Marienwahl nach Villa Berg zum Besuch bei der Königin-Wittwe. Kurz nachdem der Wagen in den königlichen Park Rosenstein eingefahren war, brach die Hinterachse und der Kutscher fiel vom Bock; er wurde eine kurze Strecke geschleift, bis die Zügel, die er in der Hand behielt, rissen. Der Lakai sprang vom Bock, um die Pferde aufzuhalten, wurde aber auch eine Strecke Weges geschleift und umgeworfen. Nun versuchte die Königin die Pferde, welche glücklicher Weise den Weg nicht verließen, mit der Stimme zu beruhigen; da dies aber keinen genügenden Erfolg hatte, kniete sie unerschrocken im Wagen nieder, setzte einen Fuß auf den Wagentritt, erhaschte die am Boden schleifenden Zügel und brachte die Pferde zum Stehen. Die Königin hat keinerlei Schaden genommen und setzte mit der Hofdame den Weg nach Villa Berg zu Fuß fort. Der Kutscher wurde in die Meierei Rosenstein gebracht, wo der herbeigerufene Hofarzt Dr. Guhmann eine ungefährliche Verletzung des Fußes (Zerrerkrung eines Bandes) constatirte. Dem Lakaien ging ein Rad über das Bein ohne weiteren Schaden; außerdem hat er ein Fingergelenk gebrochen. Auf der Rückfahrt besuchte die Königin in der Meierei den Leibkutscher, welcher bald darauf in seine Wohnung verbracht wurde. Der Lakai konnte die Fahrt nach Marienwahl wieder mitmachen. Die Pferde sind ganz unverletzt geblieben.

* München, 4. Juli. Die „Allgem. Ztg." veröffentlicht heute folgende Erklärung:

„Die durch einige Zeitungen in mehr oder weniger gleichlautender Form verbreitete Nachricht, daß sämmtlichen Redacteuren der „Allgemeinen Zeitung" gekündigt worden sei und zwar in Folge einer bevorstehenden Verlegung der „Allgemeinen Zeitung" nach Berlin und Verschmelzung derselben mit der „National-Zeitung", ist in ihrem ersten Theil ungenau, im letzten vollständig aus der Luft gegriffen."

* Tegernsee, 4. Juli. Heute fand die Vermählung der Herzogin Amalie in Bayern mit dem Herzog von Urach statt. Nach der Civiltrauung durch den Minister Frhr. v. Crailsheim begab sich das Brautpaar mit den Fürstlichkeiten nach der reichgeschmückten Kirche, wo der Erzbischof die kirchliche Trauung vollzog. Auf dem Rückwege wurden den Neuvermählten von dem Publicum herzliche Kundgebungen dargebracht. Nach der Feier fand eine Festtafel zu 98 Gedecken statt. — Der Prinzregent hat dem Herzog von Urach den St. Hubertus-Orden verliehen.

Oesterreich-Ungarn.

* Wien, 5. Juli. (Telegramm.) Der oberste Sanitätsrath hat sich dahin ausgesprochen, schon jetzt sanitäre Maßnahmen unter Anwendung außerordentlicher Mittel für den Fall der Cholera in Galizien und der Bukowina in Angriff zu nehmen. — Die Conferenzen im Schoße des Cabinets, sowie die Besprechungen des Ministers Grafen Künburg mit Pleuer wurden heute fortgesetzt. Es kann als feststehend bezeichnet werden, daß eine Geneigtheit vorhanden, zwischen der Regierung und der Linken gute Beziehungen herzustellen. Man erwartet, daß schon morgen eine rückhaltlose Kundgebung im Sinne der Fortführung der Abgrenzungsarbeiten mit Böhmen erfolgt, und den Beschwerden der deutschen Alpenländer insofern Rechnung getragen wird, als mehrere zu Gunsten der Slowenen geplante administrative Maßnahmen fallen gelassen werden.

* Pest, 4. Juli. In den Besprechungen, welche gestern zwischen Weckerle und Steinbach stattgefunden, hat sich der ungarische Finanzminister bereit erklärt, die in den österreichischen Valutaausschüssen vorgenommenen Abänderungen zu den Münzgesetzen, namentlich mit Bezug auf die Eliminirung der 50-Hellerstücke und auf das Passirgewicht — anzunehmen. Dagegen wird der Finanzminister dabei beharren, daß in Ungarn 10-Kronenstücke für private Rechnung ausgeprägt werden dürfen. In der für Nachmittag einberufenen Sitzung des Finanzausschusses des ungarischen Abgeordnetenhauses werden die betreffenden Abänderungen vorgelegt und wahrscheinlich acceptirt werden. Nächsten Freitag wird dann vor dem Plenum die Generaldebatte über die Vorlage beginnen. — In der heutigen Sitzung des Sanitätsausschusses erklärte der städtische Oberarzt, er könne die vollkommen beruhigende Versicherung geben, daß Ungarn von der Cholerageefahr überhaupt nicht bedroht erscheine. Die sanitären Verhältnisse seien augenblicklich viel günstiger als zu der gleichen Zeit im vorigen Jahre. Es seien in diesem Jahre im Ganzen nur zwei dem Bauchtyphus ähnliche Fälle vorgekommen.

— Im Oberhause erklärte heute der Cultusminister Graf Csaky, der vom Fürst-Primas angeregte Modus sei unannehmbar, doch würde die angeregte Interpretation des Gesetzes vom Jahre 1868 bei der Codification des Familienrechtes Berücksichtigung finden.

Frankreich.

* Paris, 4. Juli. Der „Gaulois" meldet sensationell, Graf Münster sei bei der französischen Regierung wegen der Trauerkränze und umflorten Fahnen bei der Statue der Stadt Straßburg auf Place de la Concorde vorstellig geworden. (?) — Der Marschall Mac Mahon hat einem Berichterstatter des „Figaro" Einsicht in die fünftändigen „Erinnerungen", die nach seinem Tode erscheinen sollen, gestattet. Der Marschall trägt seine 84 Jahre noch mit großer Rüstigkeit, meint aber, „daß er alt zu werden beginne." Das Werk zerfällt in vier Theile: Feldzüge in Algerien, der Krieg von 1870, die Armee von Versailles und die Präsidentschaft der Republik. In seiner Darstellung des deutsch-französischen Krieges tadelte Mac Mahon besonders den Befehl des Kriegsministers Palikao, der ihn gegen Thiers' Meinung anwies, Bazaine zu Hülfe zu kommen. Er tadelt nicht minder die Uebertragung des Commandos auf den General Wimpffen nach der Schlacht von Sedan. Sie sei das Ergebniß einer Intrigue gewesen. — In Folge betrügerischer Manipulationen bei der Uebernahme von Materiallieferungen ist der Oberwerkführer des hiesigen Marine-Artillerie-Laboratoriums Courbe seines Postens entsetzt worden. Mehrere andere Beamte sollen in die Angelegenheit mit verwickelt sein. — Zwei römische Kirchenwürdenträger sind in Paris angekommen, um eine Versöhnung mit royalistischen Katholiken wegen Anerkennung der Republik anzubahnen. Der „Paiz", das frühere Organ Cassagnac's, schließt sich dem katholischen Republikanismus an. — Der Scharfrichter Deitler ist unter den größten Vorsichtsmaßregeln mit seinen Geräthschaften nach Valence abgereist, von wo er sich nach Montbrison zur Hinrichtung Ravachol's begiebt. Die Hinrichtung wird wahrscheinlich Sonnabend oder Montag stattfinden. — Der Erzbischof von Paris richtete ein Schreiben an die Geistlichkeit, worin er dieser auf das Strengste jede Unterstützung der antisemitischen Bewegung verbietet. — Der Ex-General der Commune, Cluseret, erntete einen unverhofften Erfolg mit seinem Antrage, das Duell und die Duellanten streng zu verfolgen. Der Ausschuß, an den er verwiesen worden war, hatte den Schlußantrag gestellt, daß die Vorlage nicht in Betracht gezogen werden sollte; allein die Kammer verwarf diesen mit 270 gegen 210 Stimmen, so daß für den Antrag ein besonderer Ausschuß ernannt werden wird. Dazu hatte der Abg. Mgr. d'Hulst das Seinige beigetragen, indem er die Kammer beschwor, den sündigen Duellunfug nicht länger fortbestehen zu lassen, und sich bereit erklärte, einen gegen den Zweikampf gerichteten Gesetzentwurf wieder aufzunehmen, den sein Vorgänger, der Bischof Freppel von Angers, nicht einbrachte.

— In der Deputirtenkammer führte heute der Marineminister Cavaignac aus, die Ergänzungscredite seien nothwendig, um das von der Kammer vorgeschriebene Programm durchzuführen. In diesem Programm sei die Zahl der in erster Linie stehenden Seestreitkräfte nahezu verdoppelt, die Zahl der schnellfahrenden Panzerfahrzeuge solle vermehrt werden. Wenn die Kammer wolle, daß die Vertheidigung zur See auf derselben Höhe stehe wie die Vertheidigung zu Lande, so sei ein Budget von 250—300 Millionen nöthig. Der Berichterstatter Fromentrat für die Anträge der Commission ein. Clemenceau forderte Auskunft über die schnellfeuernden Kanonen. Der Marineminister erwiderte, dieselben kamen nicht nur denen anderer Nationen gleich, sondern übertrafen dieselben vielleicht noch. Die Marine beschäftige sich mit der Herstellung eines neuen Typs von Schnellfeuergeschützen. Damit wurde die allgemeine Berathung geschlossen. Burdeau hielt Anträge der Budgetcommission aufrecht, damit nicht wieder ein außerordentliches Budget hergestellt werde. Hierauf wird die Fortsetzung der Berathung auf morgen vertagt.

Belgien.

* Brüssel, 5. Juli. Der König von Rumänien, Fürst Leopold von Hohenzollern und der Thronfolger von Rumänien sind gestern Nachmittag 5 Uhr 17 Min. hier eingetroffen. Ein officieller Empfang fand nicht statt. Am Bahnhofe waren der Graf, die Gräfin und Prinz Albert von Flandern.

* Antwerpen, 5. Juli. Für das Jahr 1894 ist gestern hier eine Weltausstellung im Princip beschlossen worden.

Italien.

* Rom, 4. Juli. Nach einer Meldung der „Polit. Corresp." entbehrt die Nachricht, daß die italienische Regierung beabsichtige, wegen der gegenwärtigen Vorgänge in Marokko italienische Kriegsschiffe nach den marokkanischen Gewässern zu senden, jeder Begründung. — Das Gericht fällte das Urtheil bez. der anarchistischen Unruhen anläßlich des Meetings vom 1. Mai 1891. Cipriani wurde zu 20 Monaten Gefängniß verurtheilt. Die Verlesung des Urtheils rief Lärm im Saale hervor, infolge dessen dieser geräumt werden sollte, welcher Maßregel theilweise Widerstand entgegengesetzt wurde. Da die Menge auch vor dem Appellhofe Unruhen verursachte, wurden 14 Verhaftungen vorgenommen.

* Rom, 5. Juli. (Telegramm.) Wie die „Agenzia Stefani" meldet, erhielt der italienische Geschäftsträger in